

Bezirk will Kriterienkatalog für geplante Gedenkstätte verschicken

Ansbach bewirbt sich um jüdisches Museum

Auch das Ritterhaus in Wilhermsdorf ist als Standort im Gespräch

Ansbach/Neustadt a. d. Aisch. Als Standort für das vom Bezirk geplante „jüdische Museum in Mittelfranken“ hat sich informell auch die Stadt Ansbach beworben, bestätigte gegenüber der FLZ Bürgermeister Klaus Dieter Breitschwert. Ebenfalls interessiert sind, wie weiter zu erfahren war, das früher zum Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim gehörende Wilhermsdorf (heute Landkreis Fürth), Schnaittach (Landkreis Nürnberger Land), Georgensgmünd (Landkreis Schwabach) und die Stadt Fürth.

Ansbach bietet sich nach den Worten von Breitschwert insbesondere wegen seiner 1744 bis 1746 nach den Plänen von Leopold Retty erbauten Synagoge an, die als eines der bedeutendsten noch erhaltenen barocken jüdischen Gotteshäuser gilt. Die Innenausstattung stammt noch aus der Erbauungszeit.

Breitschwert stellt sich vor, daß in einem unter der Synagoge liegenden Gewölbekeller das Museum untergebracht werden könnte. Als Räumlichkeiten schlägt der Ansbacher Bürgermeister im einzelnen das frühere Frauenbad, das ehemalige Dienerhaus des Küsters sowie das sogenannte Schächterhaus vor. Die Synagoge, die nur auf Anfrage (Stadtarchiv, Rathaus) besichtigt werden kann, wird renoviert.

Für Wilhermsdorf ist als Standort des Museums das sogenannte Ritterhaus am Marktplatz im Gespräch, hieß es.

ZUM GEDENKEN
AN DIE MITGLIEDER DER
ISRAELITISCHEN KULTUS-
GEMEINDE IN ANSBACH, DIE
IN DEN VERFOLGUNGJAHREN
1933-1945 FÜR IHREN GLAUBEN
DEN MÄRTYRERTOD STERBEN
MUSSTEN

Diese Inschrift im Vorraum der Ansbacher Synagoge erinnert an die Greueltaten der Nazis.

Wie vom mittelfränkischen Kulturausschuß beschlossen wurde (wir berichteten), soll Anfang März dem Bezirksausschuß ein Kriterienkatalog für den Standort des Museums vorgelegt werden, der an die Bewerber verschickt werden soll. Geprüft werden sollen unter anderem die jeweils vorhandenen Gebäude, Verkehrsverhältnisse und sonstige jüdische Denkmäler. Die Ausschußmitglieder vereinbarten außerdem, mit den jüdischen Mitbürgern und ihren religiösen Repräsentanten und Wissenschaftlern engen Kontakt zu halten.

Bevor, voraussichtlich noch in diesem Jahr, eine Entscheidung fällt, will der Bezirksausschuß alle möglichen Standorte besichtigen. Dies teilte der Pressesprecher des Bezirks, Thomas Stiegler, der FLZ mit.

Stiegler erläuterte, es seien folgende Organisationsvorschläge für das Museum in der Diskussion. Zum einen sei vorstellbar, daß der Bezirk die Trägerschaft übernehme, wobei die jeweilige Gemeinde und die israelitische Kultusgemeinde ebenfalls als Träger beziehungsweise Mitfinanzierer fungieren sollten. Außerdem, so Stiegler, werde auch die Gründung eines Fördervereins nach dem Vorbild des Fränkischen Freilandmuseums in Bad Windsheim erwogen.

Wie Günther Pohl, der kulturpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion auf Anfrage mitteilte, haben die Fürther sozialdemokratischen Abgeordneten Günter Hefebe und Heiko Schultz die Staatsregierung gebeten, das mittelfränkische jüdische Museumsprojekt finanziell zu unterstützen. Es liege außerdem ein Antrag vor, wonach die Staatsregierung alle in Bayern vorhandenen jüdischen Kulturgüter in einem Bericht erfassen soll.

Vor der Terrorherrschaft der Nazis gab es auch in Ansbach eine jüdische Gemeinde mit

einem reichhaltigen religiösen Leben. Ein Vertreter der israelitischen Kultusgemeinde in Fürth konnte auf Anfrage der FLZ für Westmittelfranken für die Gegenwart keinen Repräsentanten einer jüdischen Gemeinde mehr nennen.

Während nach einem Adreßbuch aus dem Jahr 1919 insgesamt 289 jüdische Mitbürger (16 000 Lutheraner, 3600 Katholiken, 50 Reformierte Methodisten), in der Markgrafenstadt wohnten, wie Stadtarchivleiter Werner Bürger mitteilte, sind es gegenwärtig schätzungsweise nur noch etwa zehn. Vor allem in protestantischen Gebieten habe, so Bürger, bereits in den 20er Jahren ein „unterschwelliger Antisemitismus“ eingesetzt. Bereits 1919, mehr als zehn Jahre vor dem Holocaust der Nazis, habe es in Ansbach Versuche gegeben, die Parole „Kauft nicht bei Juden“ zu propagieren, berichtete Bürger. kg